

„In 20 Jahren sind deutsche Städte in islamischer Hand!“

Der Politikwissenschaftler Johannes Kandel warnt vor einer schleichenden Islamisierung

Er war Dozent und Akademiedirektor im Bereich Politische Erwachsenenbildung bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und veranstaltete während seiner jahrzehntelangen Berufstätigkeit zahlreiche wissenschaftlich-politische Tagungen. Dabei standen insbesondere Fragen zu den Themenbereichen Integration, Migration, Religion und Politik im Mittelpunkt. Vor allem mit dem Islam hat er sich eingehend befaßt. Die Rede ist von Dr. Johannes Kandel, geboren 1950 in Berlin, u.a. Verfasser des Buchs „Islamismus in Deutschland“. Darin analysiert er die zuwenig bekannte Aufstellung und Vorgehensweise muslimischer Organisationen wie Milli Görüs, der Salafisten oder der Hamas. MIT JOHANNES KANDEL SPRACH BERND KALLINA

Der amerikanische Politologe Yascha Mounk verkündete im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, daß in Deutschland ein historisch einzigartiges Experiment gewagt werde, „und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. (tagesschau vom 20. Februar 2018). Das hat viele überrascht, weil derartige Behauptungen gern Verschwörungstheoretikern aus der Rechtsaußenszene nachgesagt werden. Wie bewerten Sie die Aussage des US-Professors für Internationale Beziehungen?

Herr Mounk ist ein begeisterter Anhänger des Multikulturalismus und freut sich über das deutsche „Experiment“. In seinem Land ist das schon kein „Experiment“ mehr, sondern bittere Realität. Bitter deshalb, weil der Multikulturalismus ein durch und durch ideologisches Konstrukt ist, das nur in den Köpfen seiner Befürworter in Wissenschaft, Politik, Medien und auch Kirchen existiert. Die letzteren haben diesem auch noch einen Heiligenschein gegeben, unter Verweis auf zahlreiche alttestamentliche Stellen (z.B. „Habt die Fremdlinge lieb“, 5. Mose 10,18) und Jesu Liebesgebot.

Bitter ferner deshalb, weil die Menschen die Versuchskaninchen des „Experiments“ sind und nicht gefragt wurden, ob sie das wollen. Es ist natürlich auch vollkommener Unsinn, zu sagen, daß Deutschland eine monoethnische und monokulturelle Gesellschaft gewesen sei, die jetzt umgewandelt werden müsse. Das war Deutschland in seiner Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte nie. Das „Experiment“, angetrieben von den Multikultiideologen, zielt auf eine globalistische Gesellschaft, wo alle ungeachtet ihrer ethnischen Wurzeln, ihrer Kultur, ihrer sozialen Position, nationalen Identität etc. gleich sein sollen. Ich nenne das eine modernisierte Variante der uralten kommunistischen Vision von der „klassenlosen Gesellschaft“. Wie diese Vision geendet hat, wissen wir alle – mit Millionen Toten, v.a. im Gefolge der stalinisti-

schen und maoistischen Schreckensherrschaft. Eine „multikulturelle“ Gesellschaft ist nicht nur ungerecht, weil sie ständig irgendwelche Minderheiten gegen die vermeintlich repressive „Mehrheitsgesellschaft“ privilegiert und Gleichheit mit autoritären und totalitä-



Dr. Johannes Kandel war Akademiedirektor im Bereich politische Erwachsenenbildung bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und warnt seit vielen Jahren vor der Islamisierung Deutschlands.

ren Maßnahmen – vom Einsatz des Rechts bis zur moralischen Ächtung von Kritikern – zu erzwingen sucht. Ferner, weil sie völlig realitätsfern kulturelle Wertunterschiede leugnet und unter Diskriminierungsverdacht stellt.

Auf wen geht die Multikultiideologie zurück?

Den wissenschaftlichen Startschuß für diese fatale Politik gab der kanadische Philosoph Charles Taylor in den 1990er Jahren mit seinem Essay „Multiculturalism and the Politics of Recognition“. Seitdem wurden die westliche Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie mit immer neuen Begründungen für die politische Notwendigkeit der „Kultur der Anerkennung“ überschwemmt. Das multikulturelle Paradigma war geboren, und nur wenige wagten, es – etwa mit der Kritik am Kommunitarismus – in Frage zu stellen. Multikulti hat nirgendwo den Test der Realität erfolgreich be-

standen. Multikulti hat erheblich mehr internationale und nationale Konflikte erzeugt. Gesellschaften und Nationen sind nicht friedlicher geworden, im Gegenteil. Das ist jedem klar, der bei gesundem Menschenverstand ist, nur den verbohrteten Multikultiideologen ist das nicht klar, und sie setzen unverdrossen ihre fatale Politik fort, wie in Migrationspolitik, Integrationspolitik und vor allem Islampolitik gezeigt werden kann.

Ob nun „experimentell gewagt“ (Mounk) oder anderweitig gekommen: Die Massenmigration nach Deutschland und Europa, vornehmlich auch aus muslimischen Ländern, hat einerseits zu vermehrten Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und den autochthonen Bevölkerungsteilen geführt und andererseits zum merklichen Anstieg „populistischer“ Strömungen beigetragen. Eine Entwicklung, die für viele realpolitisch Denkende vorhersehbar war, auch für Sie?

Das sehe ich auch so. Ich habe die Folgen schon vor 20 Jahren mehrfach beschrieben. Und ich war nicht allein. Das Scheitern von Multikulti durch die Massenzuwanderung vor allem von kultur-fremden Gruppen hat die Konflikte in unserem Land massiv verschärft. In einigen Städten ist Deutschland nicht mehr wiederzuerkennen. Wir bewegen uns auf so katastrophale Zustände zu wie z.B. in Großbritannien oder Frankreich. England, das ich gut kenne, ist längst an den Islam verloren. Man lese den Moschee-Report des ehemaligen Islamisten Ed Husain, „Among the Mosques“ (2021). Danach dürfte keiner mehr Illusionen über „Britishness“ haben. Die ist verloren und Vergangenheit. Die Islamisten triumphieren ganz öffentlich und verbreiten Videos über englische Kirchen, die inzwischen Moscheen sind. In unseren Großstädten, z.B. Berlin, Hamburg, Frankfurt, Köln oder Essen, haben sich längst ethnische und religiös-kulturelle Parallelgesellschaften fest installiert. Da gilt nicht das deutsche Recht, sondern

die Scharia. Bei Konflikten kommt der islamische Friedensrichter, nicht die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden. Wer trotzdem den deutschen Staat anruft, wird geächtet, ausgestoßen, oder ihm geschieht Schlimmeres.

Führende deutsche Sozialdemokraten, unter ihnen der Altkanzler Helmut Schmidt, Ex-Innenminister Otto Schily, auch der streitbare Herbert Wehner, haben bereits vor Jahrzehnten mit drastischen Worten vor einer uferlosen Migration aus kulturfremden Regionen – insbesondere des arabisch-muslimischen Raums – gewarnt. Inzwischen laufen sogar die deutschen Kommunalverbände gegen einen quantitativ kaum noch zu bewältigenden Einwanderungsdruck Sturm. Ist die Entwicklung aus dem Ruder gelaufen?

Wie schon gesagt, ganz klar, die Entwicklung ist „aus dem Ruder gelaufen“. Selbst Sozialdemokraten haben das früh erkannt, Schmidt war geradezu ein Prophet! Schily hat – ganz entgegen seinen früheren linksgrünen Überzeugungen – versucht, dagegenzuhalten, etwa durch Betätigungsverbote für islamistische Gruppen (Hizb-ut-Tahrir u. a.). Es war zuwenig. Der Staat wird der fortschreitenden „Verinselung“ der Gesellschaft in feindselige Parallelgesellschaften nicht mehr Herr. Die Bekämpfung der sich ausweitenden Clankriminalität vor allem arabisch-libanesischer Clans wird faktisch aufgegeben. Die Polizei wagt sich in die Hochburgen dieser Clans nicht mehr hinein. Freunde von mir haben das vor Jahren mit dramatischen Appellen aufgeschrieben, so der ehemalige Bürgermeister des Bezirks Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, in seinen Büchern („Neukölln ist überall“, „Die andere Gesellschaft“) sowie auch Dr. Ralph Ghadban in seinem Bestseller „Die arabischen Clans“. Für diese schonungslose Darstellung erhielt er von ebendiesen Clans und aus dem Libanon selbst Todesdrohungen. Er mußte eine Weile unter Polizeischutz „untertauchen“. Der Rechtsstaat hat kapituliert. Die Politiker namentlich der linksgrünen Fraktionen benehmen sich wie die bekannten drei Affen.

Sie haben sich jahrzehntelang wissenschaftlich mit dem Islam beschäftigt und kommen zum Ergebnis, daß es darin zwar unterschiedliche Strömungen gebe, gleichwohl bestünden religiöse Kerndoktrinen, Praktiken, gesellschaftliche Wertvorstellungen und Basisüberzeugungen, die von allen Muslimen geteilt würden. Welche sind die wichtigsten, und was bedeuten sie?

Ich habe mich mehr als 20 Jahre lang mit dem „Interreligiösen Dialog“ beschäftigt, u. a. als Berater des ehemaligen EKD-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Huber.

Dieser hatte eine sehr realistische Haltung zum Islam, die z. B. in der EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ (2006) zum Ausdruck kam und von christlich-islamophilen Dialogaktivisten erbittert bekämpft wurde. Ich war entsetzt über die Blauäugigkeit der Kirchenvertreter. „Das hat doch mit dem Islam gar nichts zu tun“, so hieß es nach jedem islamistischen Terroranschlag. Ich habe das mehrfach scharf zurückgewiesen, herausgestellt und gezeigt, daß es Zusammenhänge von „Islamismus“ und „Islam“ gibt. „Islam“ (= „Hingabe“ an Allah) ist ein relativ konsistentes „Sy-



Kandel ist überzeugt: In 20 Jahren sind zentrale Teile der deutschen Städte in islamischer Hand. Alkoholverbot, Verschleierung, Verdrängung christlicher Kirchen, Abschaffung christlicher Feste, dafür Einführung der im muslimischen Kalender vorgeschriebenen Feste werden die logischen Folgen sein, wie schon jetzt in einzelnen Bezirken mit muslimischer Mehrheit festgestellt werden kann. Michel Houellebecq (Bild) hat in seinem Roman „Unterwerfung“ schon 2015 dargelegt, wie die Entwicklung ablaufen wird.

stem“ von religiösen Doktrinen und Praktiken („Orthopraxis“), gesellschaftlichen Grundwerten, politischen Visionen und Politikentwürfen. Anders formuliert: Es gibt religiöse Kerndoktrinen, religiöse Praktiken, gesellschaftliche Wertvorstellungen und religiös-politische Basisüberzeugungen, die im Grundriss von der überwältigenden Mehrheit der Muslime geteilt werden, insofern sie ihr Leben als religiös verstehen und gestalten.

Ich habe in meinen Schriften dieses „System“, das die Kerndoktrinen enthält, als „realdominanten Islam“ bezeichnet. Knapp zusammengefaßt, sind die Kerndoktrinen:

Der Islam ist allen Religionen grundsätzlich überlegen, er ist die einzige „wahre“ Religion (Sure 3,19; 3,85). Daher bilden die Muslime die „beste Gemeinschaft“ auf Erden (Sure 3, 110). Sie „gebieten das Rechte und verbieten das Verwerfliche“ (Sure 3, 104).

Der Koran, die „heilige Schrift“, „unerschaffen“, widerspruchsfrei und zeit-

los geltend, enthält die göttliche Offenbarung und die von Allah gesetzten Normen und Regeln muslimischer Lebensweise („Scharia“).

Mohammed ist der Gesandte Gottes („rasūl“). Er ist das „Siegel der Propheten“ (Sure 33,40) und hat den Koran „in klarer arabischer Sprache“ (Sure 26, 185) den Menschen übermittelt. Sein Leben („sira“), wie es im Koran und in der Tradition (den „Hadithen“), berichtet wird, ist Beispiel und Vorbild für ein gottgefälliges Leben. Der Glaube an ihn und das gehorsame Befolgen seiner Gebote sind unbedingt verpflichtend für jeden Muslim.

Die wichtigsten Gebote sind die bekannten „fünf Säulen“ des Islam: Glaubensbekenntnis („Shahada“), rituelles Gebet („Salat“), Fasten („Sawm“), Almosengeben („Zakat“) und die Wallfahrt nach Mekka („Hadsch“) sowie die „Sechs zu glaubenden Wahrheiten“: an Allah als den einen und einzigen („tawhīd“), die Propheten, die Bücher (Koran und Bibel), die Engel, das Schicksal („kismet“) und den jüngsten Tag („al-yaum al-akhir“). Diese Kerndoktrinen bilden den *religiösen Minimalkonsens* aller Muslime (siehe Sure 2, 285), gleichgültig, welcher ethnischen Herkunft, Kultur und Nationalität sie sind. Kein islamischer Rechtsgelehrter („ulama“) würde extremistischen Islamisten und selbst Terroristen bestreiten, daß sie gläubige Muslime seien, mögen sie auch im Blick auf Gesellschaftsauffassung und politische Strategie differieren. Das ist den muslimischen Rechtsgelehrten, Wissenschaftlern, Verbandsfunktionären etc. natürlich bekannt. Trotzdem halten sie daran fest, daß es zwischen „Islam“ und „Islamismus“ himmelweite Unterschiede gebe. Zusammenhänge werden schlicht geleugnet und diejenigen, die darauf verweisen, als „islamophobe“ Hetzer verleumdnet.

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser Ausrichtung ist zweifellos ein wichtiges Ziel im freiheitlichen Rechtsstaat, in dem Religionsfreiheit ja ein hohes Gut von Verfassungsrang darstellt. Inwiefern ist das in der Begegnung zwischen religiös-gelebtem Islam und nicht-islamischen Bevölkerungsteilen ein Problem?

Die Religionsfreiheit (Art. 4 GG) ist in der Tat ein hohes Gut. Sie sollte Grundlage für ein friedliches Zusammenleben sein. Leider gibt es zwischen Muslimen und den „nichtislamischen Bevölkerungsteilen“ in der Tat ein Problem. Das Menschenrecht „Religionsfreiheit“ (Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) wird von den meisten Staaten in der Welt anerkannt. Die isla-

Bild: Wikimedia Commons / Fronteiras do Pensamento (CC-BY-SA 2.0)

mischen Staaten haben allerdings nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, soweit es der Scharia nicht widerspreche. Das wird sehr deutlich in der sogenannten Kairoer Menschenrechtserklärung islamischer Staaten von 1990 formuliert. Religionsfreiheit gilt nur im Rahmen der Scharia.

Das bedeutet konkret, daß ein Muslim die Religion nicht wechseln darf; ein „Austritt“ aus dem Islam ist „Abfall“ (Apostasie) und wird bis heute in einigen islamischen Staaten mit der Todesstrafe geahndet. Religionsfreiheit bedeutet auch, die Religion öffentlich kritisieren zu dürfen. Auch das ist strikt zu unterbinden. Und dieses Verbot wollen muslimische Gruppen auch den Staaten in Europa aufdrängen und reagieren mit terroristischer Gewalt, wenn das nicht geschieht! Der sogenannte Karikaturenstreit 2005 und der Überfall auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ 2015 sind nur die krassesten (islamistischen) Auswüchse.

Bei dieser Sachlage ist das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen, milde formuliert, sehr gestört und konfliktreich. Hinzu kommt, daß muslimische Organisationen die Religionsfreiheit als Freibrief für die Ausweitung ihres kulturellen und politischen Herrschaftsanspruchs mißbrauchen. Längst haben sie den Marsch in die zivilgesellschaftlichen Institutionen angetreten, unterstützt von einer inkompetenten und blinden Politik und einem kirchlichen „interreligiösen Dialog“, der sich den Islam idealisierend schönredet und die Gehirne vernebelt.

Fakt ist jedenfalls, daß überall dort, wo der Islam regiert, es zu – teilweise massiven – Christenverfolgungen gekommen ist und kommt. Mit welchen Konflikten müssen Christen in einem zunehmend stärker islamisch geprägten Deutschland und Europa rechnen?

Massivste Christenverfolgungen finden vor allem in islamischen Staaten statt. Das ist Fakt und wird von Menschenrechtsorganisationen auch dokumentiert. Die schlimmsten zehn islamischen Verfolgerstaaten sind nach Angaben der christlichen NGO Open Doors im Jahre 2023: Somalia, Jemen, Eritrea, Libyen, Nigeria, Pakistan, Iran, Afghanistan und Sudan. In Nigeria vergeht fast kein Tag ohne Massaker an Christen.

Die Täter: die Islamisten der Gruppe Boko Haram und der neu formierte Islamische Staat (IS). International wird so gut wie nichts unternommen, diese Mordaktionen zu stoppen. Auch in Europa spitzen sich die feindseligen Äußerungen gegen Christen zu, nicht nur von

Muslimen, die aber davon profitieren. Die islamische Einflußpolitik zahlt sich aus. Während die Politik Muslime mit Glacéhandschuhen behandelt und aus Angst, die Muslime zu „verärgern“, in vorausweisender Gehorsam Kritik am Islam – die ja sehr gerechtfertigt wäre – unterläßt, werden die christlichen Kirchen und evangelikale Kreise in z. T. übelster Weise kritisiert und diffamiert. Zum Ganzen rate ich, das Buch „Grundlos gehaßt“ des Internationalen Direktors des englischen Barnabas Fund, Dr. Patrick Sookdheo, zu lesen.

„Schleichend werden wir zum Islam geführt“, schreibt die französische Anthropologin Florence Bergeaud-Blackler in ihrem neuen Buch über die religionspolitische Lage im Nachbarland. Für ihre offene Kritik („Die Muslimbrüder agieren wie ein Geheimbund. Ihr Ziel ist die Schaffung einer islamischen Welt“) am Islam zahlt sie einen hohen Preis, sie lebt nach einer Fülle von Morddrohungen unter Polizeischutz, womit wir beim Gewaltproblem sind. Wie sehen Sie es?

Frau Bergeaud-Blackler hat völlig recht. Die „schleichende Entwicklung“ ist seit Jahrzehnten zu beobachten. Islamkritiker französischer Herkunft haben darüber ausführlich geschrieben (z. B. Gilles Kepel, Boualem Sansal, Amel Grami). Auch hierzulande gibt es zahlreiche Studien, die Frau Bergeaud-Blacklers These belegen. Sie zahlt in der Tat einen hohen Preis für ihre völlig richtigen Beobachtungen in puncto Muslimbrüder. Leider gilt das auch für viele andere. Wäre ihr Heimatland Libyen, Somalia, Pakistan oder Iran, lebte sie schon nicht mehr.

Die Muslimbruderschaft ist die älteste islamistische Organisation, 1928 vom Lehrer Hassan al-Banna gegründet und von Anfang an dem Dschihad als militanter Aktion verpflichtet. Chefideologe Sayyid Qutb baute den Dschihad zu einer Theorie der gewaltförmigen Herrschaftseroberung des Islam aus. Die Geschichte der Muslimbrüder und zahlreicher anderer islamistischer Organisationen – mit den Höhepunkten al-Qaida und Islamischer Staat – zeigt, daß der Dschihad als verbindliche Pflicht für jeden Muslim („fard ayn“) verstanden wird. Der Dschihad darf so lange nicht aufhören, bis sich die ganze Welt zum Islam bekennt. Zwar distanzieren sich viele Muslime von dschihadistischen Konzepten, verweigern aber jede Erörterung des Zusammenhangs der „klassischen“ Aussagen in Koran und Traditionen mit diesem. Es ist daher nur konsequent und skandalös, daß es nirgendwo eine kritische Aufarbeitung islamischer Gewalt Herrschaft in Geschichte und Gegenwart

gibt. Während die Christenheit noch rund 900 Jahre nach den Kreuzzügen deshalb immer wieder angegriffen wird, werden die „Eroberungen“ des Islam seltsam spärlich kommentiert. Eine dringend notwendige Geschichte des islamischen Imperialismus gibt es nicht. Sehr wenige haben sich daran gewagt, meistens Nichtmuslime, z. B. der Ephraim Karsh, ein israelischer Historiker („Islamic Imperialism. A History“, dt.: „Imperialismus im Namen Allahs“).

Angenommen, eine rechte politische Partei würde in Deutschland in vergleichbarer Tendenz wie der Islam programmatisch das menschenrechtliche Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kritisch-ablehnend propagieren. Diese Partei müßte sehr schnell mit einem Verbot rechnen. Bei besagter Religion reagiert das staatstragende Establishment aber anders. Vielleicht deswegen so arglos, weil eine weitgehend säkulare Gesellschaft die Sprengkraft eines gelebten Islam gar nicht begreifen kann?

Die Frage ist ja eigentlich schon beantwortet. Da sich die linksgrüne Politik (Ministerin Faeser, SPD) ja seit Regierungsbeginn ganz auf den einseitigen „Kampf gegen rechts“ eingeschossen hat, wären – einmal angenommen, daß Ideen und Aktionen von „rechts“ denen von Islamisten gleichen – diese sofort unter Beobachtung gestellt, um dann rasch verboten zu werden. Nach allem, was schon geschehen ist und weiter geschehen wird, verhalten sich Politiker, ich habe es gesagt, wie die drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen! Die „Sprengkraft eines gelebten Islam“ werden sie so lange nicht begreifen, bis es zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen kommt. „Clankriege“ haben wir schon.

Michael Wolffsohn verwies unlängst auf aktuelle Umfragen, daß bei einer eindeutigen Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime notwendige Schritte in Richtung Integration nicht nur ausgeblieben, sondern gegenteilige Entwicklungen eingetreten seien, der islamische Juden- und Christenhaß habe sogar zugenommen. Das sind keine ermutigenden Resultate. Sehen Sie Wege zur Umkehr?

Michael Wolffsohn hat auf einen bestürzenden Tatbestand aufmerksam gemacht. Es gibt zweifellos einen islamischen Antisemitismus – und das nicht erst seit gestern. Schon im Koran und den Traditionen sind antijüdische Haltungen klar erkennbar, und die weitere islamische Geschichte belegt das. Der Antisemitismus hat sich – gerade bei islamischen Jugendlichen – massiv verstärkt. Und das nicht nur, wie oft ent-

schuldigen kommentiert wird, wegen des Nahostkonflikts. Antijudaismus und Antisemitismus werden schon in Koranschulen und Medressen gelehrt. Der Muslim wächst damit auf.

Was sagt uns das, wenn 10.000 Palästinenser, überwiegend Jugendliche, vor dem Brandenburger Tor demonstrieren und dabei „Tod Israel“ und „Khaybar“, „Khaybar“ rufen? Khaybar war die jüdisch besiedelte Oase, die Mohammed 628 eroberte und die politischen Führer töten ließ! Die Anspielung darauf war mehr als deutlich. 627 hatte Mohammed 800 Männer des jüdischen Stammes der Banu Quraiza köpfen lassen. Dieser muslimische Antisemitismus wird politisch heruntergespielt, weil man mehr Angst vor den Muslimen hat (30.000 Palästinenser in Berlin sind eine kritische Masse!) als vor jüdischen Protesten. Das könnte sich nur ändern, wenn muslimische Organisationen die belastete antijüdische Geschichte nicht mehr verschweigen und sich in ihren Kreisen um einen Abbau antisemitischer Tendenzen bemühen. Leider ist das bis heute ein frommer Wunsch geblieben!

Ein anderes Beispiel, daß das herkömmliche deutsche Integrationskonzept nicht funktioniert: Wenn bei den letzten Wahlen im Mai fast 70 Prozent der in Deutschland lebenden Türken für den Autokraten Erdoğan abstimmten, was signalisiert Ihnen das?

Das ist ein Beleg für die fehlende Bereitschaft der „Deutschtürken“, sich zu integrieren. Sie wollen es nicht. Sie bleiben Türken, auch mit deutschem Paß. Es ist zutiefst widersprüchlich und zynisch, hier im friedlichen und demokratischen Deutschland alle Annehmlichkeiten und Vorteile westlicher Lebensweise zu genießen und gleichzeitig den islamistisch-autokratischen Sultan Erdoğan zu wählen. Früher – als es noch die DDR gab – wurde Kritikern des Westens oft beschieden: „Geht doch nach drüben!“ Das möchte ich auch den 70 Prozent hier lebenden Türken zurufen, die Erdoğan gewählt haben: Wenn euch die erdoğanregierte Türkei so gut gefällt, dann steht es euch frei, für immer dort hin zurückzukehren.

Werfen Sie einen realistischen Blick in die Zukunft: Wo werden wir in bezug auf den weiter steigenden Anteil der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, Österreich und in Europa in 20 Jahren stehen? Auf was sollten wir vorbereitet sein?

Auf die Verstärkung der von mir geschilderten Trends. In 20 Jahren sind deutsche Städte, jedenfalls in zentralen Teilen, in islamischer Hand. In einzelnen Bezirken, die schon heute Parallelgesell-

schaften sind, gelangen die Bezirksregierung und die kommunale Verwaltung in islamische Hand – mit den bekannten Folgen: Alkoholverbot, Verschleierung, Verdrängung christlicher Kirchen, Ab-

schaffung christlicher Feste, dafür Einführung der im muslimischen Festkalender vorgeschriebenen. Michel Houellebecq hat in „Unterwerfung“ schon 2015 dargelegt, wie das ablaufen wird.

Ukraine

Videobotschaft

„Vergeßt niemals euer Vermächtnis. Ihr seid die Erben des großen Rußland, des großen Rußland der Heiligen, der Herrscher, des großen Rußland von Peter I., Katharina II., dieses Reich ist – groß, aufgeklärt, ein Land großer Kultur und großer Menschlichkeit. Gebt dieses Vermächtnis niemals auf, ihr seid die Erben der großen Mutter Rußland, macht weiter damit. Und danke für Eure Art, Russen zu sein.“

DIESE VIDEOBOTSCHAFT DES PAPSTES AN JUNGE RUSSISCHE KATHOLIKEN URDEUTLICH VOM OBERHAUPT DER UKRAINISCHEN GRIECHISCH-KATHOLISCHEN KIRCHEN ALS DAS „SCHLIMMSTE BEISPIEL FÜR IMPERIALISMUS UND EXTREMEN RUSSISCHEN NATIONALISMUS“ BEZEICHNET. AUCH DIE UKRAINISCHE REGIERUNG WARF DEM PAPST „IMPERIALISTISCHE PROPAGANDA“ VOR. „CNA“, 30. AUGUST 2023.

Getreide illegal

2022 hat die EU sämtliche Zölle und Einfuhrbeschränkungen auf Getreide und Ölfrüchte aus der Ukraine ausgesetzt, damit deren Produkte auch auf dem Landweg nach Afrika ausgeführt werden können. Doch riesige Mengen sind in der EU geblieben. Hatte die EU 2021 nur 2,8 Millionen Tonnen Weichweizen, davon 360.000 Tonnen aus der Ukraine, importiert, waren es im vergangenen Jahr 9,3 Millionen Tonnen Weichweizen, davon 5,7 Millionen Tonnen aus der Ukraine.

Körnermais importiert die EU generell in größeren Mengen, da der Selbstversorgungsgrad deutlich unter 100 % liegt. 2021 wurden 16,3 Millionen Tonnen importiert, davon 8,1 Millionen Tonnen aus der Ukraine. Auch hier stiegen die Importe im Vorjahr auf 25,5 Millionen Tonnen, davon 14,4 Millionen Tonnen aus der Ukraine, an.

Die Zahlen aus Österreich und Deutschland zeigen ein anderes Bild: Hier ist

die gesamte Importmenge sowohl bei allen wichtigen Getreide- als auch Ölsaatarten zurückgegangen. Doch leider beziehen sich diese Zahlen nur auf Direktimporte aus Drittstaaten und nicht auf innergemeinschaftliche Lieferungen aus anderen EU-Ländern. Das heißt: Wie viel ukrainisches Getreide über Polen oder die Slowakei an die heimischen Verbraucher geht, kann unmöglich nachvollzogen werden.

Dabei erreicht das ukrainische Getreide häufig nicht die bei uns geltenden Qualitätsstandards. Etliche gesundheits- oder umweltschädliche Pflanzenschutzmittel wurden in der EU bereits verboten, die Düngergrenzen immer strenger angezogen. Davon kann in der Ukraine keine Rede sein. Nun dürfte eigentlich nur Getreide eingeführt werden, das die bei uns geltenden Höchstgrenzen für Pflanzenschutzmittelrückstände etc. nicht überschreitet, doch eine echte Kontrolle findet beim Import nur selten statt. Viele Lieferungen werden einfach durchgewunken, auch weil sie scheinbar nur durch die EU nach Afrika gehen sollen. „LANDWIRT“ 15/23.

Transfrau als Armeesprecherin

Die Unterstützung hat ihren Preis. Während nationale Ukrainer für die territoriale Integrität und Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen und mit westlichen Genderfragen wenig am Hut haben, hat Präsident Selenskyj (um die amerikanische Unterstützung nicht zu verlieren?) eine amerikanische „Transfrau“ (45) mit offensichtlichen Wahnvorstellungen zur offiziellen Armeesprecherin gemacht.

„EXXPRESS“, 3. AUGUST 2023

Die US-Bürgerin Sarah Ashton-Cirillo, nach dem Bericht des „Exxpess“ ein zu einer Frau operierter Mann, wurde von Präsident Selenskyj Anfang August 2023 zur offiziellen Armeesprecherin der Ukraine bestellt. Nach drei Monaten war jedoch Schluß: Die „Armeesprecherin“ wurde wegen zahlreicher Proteste wieder entlassen.

